

Begutachtung:
Seine Bewege durch die
Gesellschaften innerhalb
Preußens, durch die Pro-
tekte der Deutschen Reichs z. B.
(außerlichlich Beobachtung)
vielejährlich.

Angabe Nummer 10 v.

Grob Verhöhnung der für
die Schriftleitung bestimmten,
aber von dieser nicht ein-
schätzenden Beiträge kon-
trahiert, so ist das Vorrecht
beigefügt.

Dresdner Journal.



Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.

Geheimer Vertrag nach 5 Uhr.

N 41.

Mittwoch, den 19. Februar nachmittags.

1902.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung,

betreffend die Gewährung von Beihilfen aus
der Friedrich-Wilhelmsstiftung für den Kurort
Marienbad in Böhmen.

Nach § 4 und § 5 des Status der Friedrich-Wilhelmsstiftung für den Kurort Marienbad ist
das Finanz-Ministerium berechtigt, alljährlich bis
Ende März drei Personen, welche die Marienbader
Heilquellen und Bäder brauchen wollen und die
Kosten hierfür nicht aus eigenen Mitteln tragen
können, dem Stiftungs-Vorstande zur Gewährung
von Beihilfen vorzuschlagen, die entweder in freier
Wohnung oder in Gebäuderüftung oder in beiden
zugleich bestehen.

Die zum Geschäftsbereich des Finanz-Ministeriums
gehörigen Beamten, die in diesem Jahre eine solche
Beihilfe zur Kur in Marienbad zu erhalten wünschen,
werden hierdurch aufgefordert, ihre Gesuche längstens
bis zum 15. März dieses Jahres anzureichen,
und zwar, soweit das Finanz-Ministerium nicht
selbst die Dienstbehörde ist, durch Vermittlung
ihrer vorgesetzten Dienstbehörde.

Dresden, am 10. Februar 1902.

Finanz-Ministerium.

Rüger.

Naumann.

Verordnung,

die Beiträge der Besitzer von Pferden und
Rindern zur Deckung der im Jahre 1901
aus der Staatskasse bestrittenen Verläufe an
Seuchen- u. Entzündungen betr.

Nach dem am 18. Dezember 1901 vorgenomme-
nen Aufzeichnung der im Lande vorhandenen Pferde
und Rinder ist zur Erfüllung derjenigen im Jahre
1901 vertragliche Weise der Staatskasse bestrittenen
Betriebe, welche an Entzündungen nach dem Reichs-
gesetz vom 1. Mai 1894 für die wegen Seuchen

auf politische Anordnung getöteten und für die
nach solcher Anordnung an der Seele gefallenen
Tiere, oder noch den Gesetzen vom 17. März 1886,
vom 29. Februar 1896 und vom 12. Mai 1900
für infolge von Wildbrand oder Raubbrand ge-
fallene oder getötete Pferde und Rinder, ingleichen
für an Gehirn-Rückenmarkentzündung bez. an
Gehirnentzündung umgestandene oder getötete Pferde
zu gewöhnen gewesen und an Verwaltungskosten er-
reichten sind, auf jedes der aufgezeichneten

a) Pferde ein Jahresbeitrag von neunzig (90)
Pfennigen,
b) Rinder im Alter von über 6 Wochen ein
Jahresbeitrag von sechzehn (16) Pfennigen
und
c) Rinder im Alter von weniger als 6 Wochen
ebenfalls ein Beitrag von sechzehn (16)
Pfennigen
zu erheben.

Indem Solches gemäß § 4 der Verordnung vom
4. März 1881 — G. u. B. Bl. von 1881, S. 13
fige., — der Verordnung vom 17. März 1886, des
Gesetzes vom 29. Februar 1896 und der Verord-
nung vom 14. Mai 1900 — G. u. B. Bl. von
1886, S. 64, von 1896, S. 31 und von 1900,

Kunst und Wissenschaft.

Königl. Opernhaus. — Am 18. d. Mts.: „Hoff-
manns Erzählungen“. Phantastische Oper in drei
Akten, einem Prolog und einem Epilog von Jules
Barbier. Musik von Jacques Offenbach.

Mit einem nicht abzuleugnenden starken Erfolg ging
zunächst das letzte Werk, das der geniale, aber frivole,
den niederen Instanzen einer kritisch verderbten Gesell-
schaft huldigende Komponist der „Schönen Helena“ der
Welt befreite, auch bei uns in Scène, und man wird
nur schwören haben, ob und inwieweit ihm Rech-
tigkeitsbeschieden ist. Um ein Vorhersehen ist es da
bestimmt ein schlechtes Ding. Sieht man von den
üblichen Scenen ab, die sich am Schlüsse beinahe jeder Erst-
Aufführung abspielen, so verhielt sich das Publikum im
ganzen ruhig, zuwarten. Was nahm die „Erzählungen“
täglich mit gespannter, von Alt zu Alt wachsender
Antizipation auf, aber man blieb stolz innerlich falt.
Und da sind wir auch beim springenden Punkte an-
gelangt. „Hoffmanns Werke und Leben“, so äugt
es einmal Gerouaux, „zum Objekte einer funktions-
bedienenden Darstellung gemacht, könnten wie Lichtenberg
und Jean Pauls Erinnerungen zu dessen Kunstwerken
werden, als die Männer selbst gelebt haben“. Was
denn war es, was dem Manne, der als ein nicht ge-
wöhnlich begabter Musiker einem C. M. v. Weber
Lösung abnahm, schaute? — Poetische Gestaltungskraft.
Er war ein Phantast, aber kein Dichter. Er konnte
als Schauspieler anregend und fördernd wirken, wie ein
Schauspieler (Kreislerin u.) und Richard Wagner be-
weisen, auf welch leichteren der Kampf der Sänger
(Tannhäuser) und „Reiter Martin und seine Ge-
sellen“ (Reitersinger) sichlich mächtigen Einfluss
übten, aber er konnte allein und durch sich selber nur

S. 254 — bekannt gemacht wird, werden die zur
Einbindung der bereiteten Jahresbeiträge heranzogenen
Polizeibehörden (Stadträthe, Bürgermeister, Ge-
meindeschreiber) angewiesen, auf Grund der von
den Kreis- bez. Amtshauptmannschaften an sie zurück-
gelangten Verzeichnisse die oben aufgeschriebenen
Jahresbeiträge von den betreffenden Pferde- und
Rindviech-Besitzern unvergänglich einzufordern und bis
längstens den 1. April 1902 unter Beifügung der
Verzeichnisse an die Kreis- bez. Amtshauptmannschaften
abzuliefern.

Dresden, am 10. Februar 1902.

Ministerium des Innern.

v. Reisch.

Das Ministerium des Innern hat die der
Günther'schen Kranken- und Sterbekasse zu
Waldheim, eingeschriebenen Hilfsfälle, nach § 7a
des Krankenversicherungsgesetzes ertheilte Bescheinigung
mit Rücksicht auf die neuverdingt erfolgte Abänderung
ihres Statutes widerrufen.

Ministerium des Innern,
Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel.
Dr. Bodel.

Erinnerungen, Verleihungen etc. im öffentl. Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Auslands
und öffentl. Unterrichts. Erledigt: eine hand-
schriftliche a. d. mittl. Goldstück zu 50 Pf. (v. Dr. v. Bodel).
Zoll: der Gemeinderat 1800 M. Schalt einschl. 300 M.
Wohngeld, wozu v. erfüllt 26. Februar, an in Südtirol
bevölkerten je 150 M. Zollsteuer treten, bis das Gelände-
einkommen von 2500 M. erreicht ist. Beweisungsgesetze
des erfordert. Beilagen (hierunter bei Gültigkeit der
Rechtskraft über erschließbare Gültigkeitspflicht) bis 5. März z. B.
Rückgabe.

(Bezügl. Bekanntmachungen erscheinen auch im Angeklagten.)

Nichtamtlicher Teil.

Die Finanzlage des Reiches.

Wenn nach den Veröffentlichungen über die Einnahmen des Reiches auch längst kein Zweifel darüber
besteht, daß die Rechnungsgerichte des laufenden
Jahrs weit hinter den Erwartungen zurück-
geblieben sind, so entfällt doch die Mitteilung des
Reichstagsamts über den voranschichtlichen Abschluß
des Jahres 1901 ein über Erwartungen ungünstiges
Bild von der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches.
Man wird zur richtigen Würdigung der Bedeutung
des Reichsdefizits von nahezu 70 Mill. M. davon
auszugehen haben, daß die in dem Etat des laufenden
Jahrs vorgesehenen dauernden und ordentlichen
einmaligen Ausgaben den möglichen Betrag darstellen,
der regelmäßig aus ordentlichen Einnahmen gedeckt
werden muß, wenn man nicht die Gegenwart in un-
zulässiger Weise auf Kosten der Zukunft entlasten
will. Das erhellt schon daraus, daß bei dem Wehr-
bedarf an dauernden und einmaligen ordentlichen Aus-
gaben die Auswendungen infolge des Flottengesetzes
die Hauptrolle spielen. Bei der Verbindlichkeit dieses
Gesetzes ist man davon ausgegangen, daß der größte
Teil des Wehranwandes aus ordentlichen
Einnahmen zu decken ist und deshalb Zug um Zug mit
dem Flottengesetz eine Ausgestaltung der Einnahmen
des Reiches zu erfolgen hat durch die die zu diesem

Zwecke erforderliche Erhöhung der Reichseinnahmen
erzielt werden sollte. Der Weg, der aus der Ini-
tiative des Reichstags zu diesen Zielen eingeschlagen
worden ist, hat aber, wenigstens zum Teil, verlängert.
Weder die Erhöhung der Reichstagsabgaben noch
die Erhöhung der Höhe an Spirituosen und Cham-
pagner haben den erwünschten finanziellen Erfolg
gebracht. Umgekehrt haben die gleichfalls zum großen
Teile auf Anregung des Reichstages vorgenommenen
Erhöhungen der Postgebühren eine ungleich stärkere
und länger dauernde ungünstige Wirkung auf die
Überlebenszeit der Postverwaltung geübt, als man bei
Einführung jener Erleichterungen angenommen hatte.
Viele hielten die Erhöhung der Einnahmen aus den
Reichsgebäuden beträchtlich hinter dem dauernden Ausgabe-
bedarf zurück, so ergiebt sich die unbedingt Not-
wendigkeit, zur Herstellung des Gleichgewichts
zwischen Einnahme und Ausgabe geeignete Schritte
zu unternehmen. Mit Abstrichen, wie sie bei der
Beratung des Reichstags für 1902 in der Budget-
kommission vorgenommen worden sind, kommt man
wodurch das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher aber ist,
daß das dauernde Gleichgewicht zwischen Einnahme
und Ausgabe anlangt, nicht weit. Es handelt sich dabei
überwiegend nur um Verschiebungen von Ausgaben auf
ein späteres Jahr. Man wird vielmehr durch das Ergeb-
nis des Jahres 1901 sehr nachdrücklich auf Ver-
mehrung der Einnahmen des Reichs hingewiesen,
und zwar um so mehr, als die Einführung mit
dem Flottengesetz zu diesem Zwecke unternommenen
Schritte sich zum Teil wenigstens als vergeblich er-
wiesen haben. Eine beträchtliche Vermehrung der
Einnahmen des Reichs steht bei der Neuordnung
der Postgebühren zu erwarten, ohne daß es dazu be-
sonderer steuerlicher Maßnahmen bedürfte. Die
Höhe der alsdann zu gewährenden Einnahme-
vermehrung läßt sich der Natur der Sache nach noch
nicht annähernd zahlenmäßig veranschlagen, so lange
nicht die Höhe der wirklich zur Anwendung ge-
langenden Zollsätze und der Umfang, in dem diese
zur Anwendung kommen, feststellt. Sicher

Griechenland.

Athen. Hier verlautet, daß der Sultan nicht geneint sei, dem Verlangen des Botschafters des Schutzmächte in Konstantinopel, betrifft die Ausklerung der in ähnlichen Gefangenissen befindlichen Kreter an die freischen Schieden, zu entsprechen, weil das einer Anerkennung der freischen Regierung gleichkäme, doch der Sultan aber bereit sein würde, die betreffenden Kreter zu begnadigen.

Türkei.

Konstantinopel. Die Wahlen für die neue Nationalversammlung von Samos wurden für den 15./16. März d. J. festgesetzt. Nach über einstimmenden Konkordaten ist die Summung der Inselbevölkerung gegen den Fürsten Michael Bey eine so gerechte, daß anschließend dieser Wahlen Voraus zu befürchten seien.

— Die Poste berief den Fürsten von Samos hierher.

Umeria.

Washington. Wie der „Vol. Korr.“ von hier gemeldet wird, hat man hier durch einen Fall von einem Seins der hiesigen großbritannischen Botschaft nach London erkannten Berichte Kenntnis erhalten, in dem darauf hingewiesen wird, daß die in den hiesigen Zeitungen fortgesetzten ausfahrenden und offenkundig aus englischen Quellen stammenden, gegen Deutschland gerichteten Verdächtigungen bei der mehr rasch erfolgenden Rückstellung der Tharlosen nicht nur den beobachteten Zweck vollständig verscheren, sondern auch im Zusammenhang mit anderen Umständen immer mehr als ein die Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland wesentlich begünstigender Faktor erweisen. Es erfreue durchaus geboten, solche mit leicht widerlegbaren Behauptungen operierenden Verdächtigungen nach Möglichkeit in geeigneter Weise zu neuern.

Urika.

Algier. Reguläre marokkanische Soldaten trafen gestern vormittag in der Hafte Tizig ein, wo mit ihrer Unterbringung vorgegangen wird.

Asien.

Schwarz (Telegramm des „Neueren Bureau“). Nach einer Meldung aus Rabat dachten den Emir Habib Ullah von seiner Stiefmutter, deren Sohn Mohammed Umar Khan ist, Schwierigkeiten bereitet werden. Es heißt nunmehr, daß sie sich nur wiederfinden in den Wällen Abdur Rahmans betreffend die Nachfolge gefragt und mit dem jüngsten Emir bereits häflich Auseinandersetzungen wegen gewisser Angelegenheiten gehabt hat, bezüglich deren sie der Ansicht ist, daß sie nach dem Willen des verstorbenen Emirs hätte um das Gesetz gefragt werden müssen. Auch der jüngste Sohn Habib Ullahs Nase Ullah Khan hat Meinungsunterschiede mit ihm. Somit werden die Aussichten für die Krönung Habib Ullahs nicht als hoffnungsvoll angesehen.

Vom Landtag.

Dresden. 19. Februar. Der heutige Sitzung der zweiten Kammer wohnten Ihr Excellenzen die Herren Staatsminister v. Weizsäck, v. Blanck und Dr. v. Seydewitz bei. Auf der Tagessordnung stand die Schlussberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 94 bis 101 des Staatshaushaltssatzes für 1902/03, Gymnasien, Seminare, Volksschulen etc. betreffend, und die damit zusammenhängenden Titel 17 und 18 des außerordentlichen Etats, den Um- und Erweiterungsbau beim Seminar zu Bischofsgrün und der Turnlehrer-Bildungsanstalt in Dresden betreffend. Der Berichterstatter, Dr. Abg. Hartwig, gab einen allgemeinen Überblick über Stand und Entwicklung des Unterrichtswesens in Sachsen und die dafür erfolgenden staatlichen Aufwendungen; im einzelnen erwies er auf den umfangreichen Deputationsbericht und empfahl dessen Anträge zur Annahme. Dr. Abg. Röllisch trat vornehmlich für die in der Gegenwart bedrohten Interessen des Gymnasiums ein. Dr. Abg. Gleisberg wünschte die Befreiung der Gehaltsunterschiede von Realschullehrern gegenüber den Mittelschullehrern. Dr. Abg. Dr. Spitz meinte, man werde bezüglich der Gehaltsregelung schließlich zu dem reinen Dienstalter-System kommen müssen. Dr. Abg. Behrens richtete an die Regierung die Anfrage, wie sie sich zu den Wünschen stelle, den Mädchen die Möglichkeit der Gymnasialbildung zu schaffen. Se. Excellenz, Dr. Staatsminister Dr. v. Seydewitz gab auf mancherlei von Abgeordneten gestellte einzelne Anfragen Auskunft und erklärte, daß die für die Real-

schulen ausgesprochenen Wünsche als Material für weitere Erwägungen und Erörterungen der Regierung dienen würden. Bezuglich der Anfrage des Herrn Abg. Behrens sprach sich Sr. Excellenz dahin aus, daß es sich bei dieser Frage gegenwärtig um ein Experiment handle, das der Staat weder hindern noch erschweren solle, für das er aber keine Opfer zu bringen habe, bevor sich nicht ein allgemeines Bedürfnis ergeben habe. Dr. Abg. geh. Oekonomie-rot Höhnel hob besonders hervor, daß man mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage mit Bewilligungen auch bei den zur Beratung stehenden Kapiteln vorsichtig sei und selbst berichtigte Wünsche zurückhaltend zu entscheiden müsse. Abg. Röllisch erklärte, daß er für die Gymnasien eingetreten sei nicht aus Abneigung gegen die Realgymnasien, sondern damit in der heutigen materiellen Zeitrichtung mehr Wert auf die Gewissensbildung gelegt werde. Abg. Enke sprach sich zu Gunsten einer höheren Berechtigung der Realgymnasien und für das Reformgymnasium aus. Nach einem kurzen Schlusshörer des Berichterstatters wurden die Deputationsanträge zu Kap. 94 allenthalben genehmigt. Im weiteren Verlaufe der Debatte konstatierte Sr. Excellenz Dr. Staatsminister Dr. v. Seydewitz zu Kap. 95 des Etats, daß der Budrage zu den Seminaren noch sehr stark sei, daß es aber immerhin für unsere Volksschulen und das ganze Volk sehr schwer folgen haben können, wenn man von gewissen Seiten handig und in unangemessenster Weise vor dem Lehrerberufe als einem schlecht gesehneten warne; die Regierung habe ihrerseits durch Neuerichtung von Seminaren und Erweiterung der bestehenden Auskünften dem Mangel an Lehrern möglichst abzuheilen versucht. Dr. Abg. Röllisch batte die Aufnahme reformierter Knaben in unsere konfessionellen Seminare möglichst zu erleichtern. Dr. Abg. Wittig wünschte bei Neuerichtung von Seminaren die Berücksichtigung der kleinen Städte. Auch zu den Kap. 95 und 96 des ordentlichen und zu Titel 17 des außerordentlichen Etats wurden die Anträge der Deputation einstimmig angenommen. Bei Schluss der Redaktion dauert die Sitzung noch fort.

Örtliches.

Dresden, 19. Februar.

* Aus amlichen Bekanntmachungen. Die Branddirektionelle bei der Berufsschule soll baldmöglichst wieder belegt werden. Jährlich 5000 M. Gehalt einhält. Fr. Wohnung, 180 M. Beliebungsgeld, bezogen von drei zu drei Jahren bis 7000 M. Vollständig ausgebildete Feuerwehrschüler, die besondere Tüchtigkeit durchzeugt haben, können, während sie mit Lebewohl und Abschluß über ihre Gehalts mit Lebenslauf und Auszeichnungen über die militärische Laufbahn bis 8. März im Feuerwehramt, Kanstr. 9, einreichen.

* In der Ortsgruppe Dresden des Alldeutschen Verbandes wird nächsten Sonnabend, den 22. Februar, Dr. Schäffler Richard und Dr. v. Blanck und Dr. v. Seydewitz bei. Auf der Tagessordnung stand die Schlussberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 94 bis 101 des Staatshaushaltssatzes für 1902/03, Gymnasien, Seminare, Volksschulen etc. betreffend, und die damit zusammenhängenden Titel 17 und 18 des außerordentlichen Etats, den Um- und Erweiterungsbau beim Seminar zu Bischofsgrün und der Turnlehrer-Bildungsanstalt in Dresden betreffend. Der Berichterstatter, Dr. Abg. Hartwig, gab einen allgemeinen Überblick über Stand und Entwicklung des Unterrichtswesens in Sachsen und die dafür erfolgenden staatlichen Aufwendungen; im einzelnen erwies er auf den umfangreichen Deputationsbericht und empfahl dessen Anträge zur Annahme. Dr. Abg. Röllisch trat vornehmlich für die in der Gegenwart bedrohten Interessen des Gymnasiums ein. Dr. Abg. Gleisberg wünschte die Befreiung der Gehaltsunterschiede von Realschullehrern gegenüber den Mittelschullehrern. Dr. Abg. Dr. Spitz meinte, man werde bezüglich der Gehaltsregelung schließlich zu dem reinen Dienstalter-System kommen müssen. Dr. Abg. Behrens richtete an die Regierung die Anfrage, wie sie sich zu den Wünschen stelle, den Mädchen die Möglichkeit der Gymnasialbildung zu schaffen. Se. Excellenz, Dr. Staatsminister Dr. v. Seydewitz gab auf mancherlei von Abgeordneten gestellte einzelne Anfragen Auskunft und erklärte, daß die für die Real-

schulen ausgesprochenen Wünsche als Material für weitere Erwägungen und Erörterungen der Regierung dienen würden. Bezuglich der Anfrage des Herrn Abg. Behrens sprach sich Sr. Excellenz dahin aus, daß es sich bei dieser Frage gegenwärtig um ein Experiment handle, das der Staat weder hindern noch erschweren solle, für das er aber keine Opfer zu bringen habe, bevor sich nicht ein allgemeines Bedürfnis ergeben habe. Dr. Abg. geh. Oekonomie-rot Höhnel hob besonders hervor, daß man mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage mit Bewilligungen auch bei den zur Beratung stehenden Kapiteln vorsichtig sei und selbst berichtigte Wünsche zurückhaltend zu entscheiden müsse. Abg. Röllisch erklärte, daß er für die Gymnasien eingetreten sei nicht aus Abneigung gegen die Realgymnasien, sondern damit in der heutigen materiellen Zeitrichtung mehr Wert auf die Gewissensbildung gelegt werde. Abg. Enke sprach sich zu Gunsten einer höheren Berechtigung der Realgymnasien und für das Reformgymnasium aus. Nach einem kurzen Schlusshörer des Berichterstatters wurden die Deputationsanträge zu Kap. 94 allenthalben genehmigt. Im weiteren Verlaufe der Debatte konstatierte Sr. Excellenz Dr. Staatsminister Dr. v. Seydewitz zu Kap. 95 des Etats, daß der Budrage zu den Seminaren noch sehr stark sei, daß es aber immerhin für unsere Volksschulen und das ganze Volk sehr schwer folgen haben können, wenn man von gewissen Seiten handig und in unangemessenster Weise vor dem Lehrerberufe als einem schlecht gesehneten warne; die Regierung habe ihrerseits durch Neuerichtung von Seminaren und Erweiterung der bestehenden Auskünften dem Mangel an Lehrern möglichst abzuheilen versucht. Dr. Abg. Röllisch batte die Aufnahme reformierter Knaben in unsere konfessionellen Seminare möglichst zu erleichtern. Dr. Abg. Wittig wünschte bei Neuerichtung von Seminaren die Berücksichtigung der kleinen Städte. Auch zu den Kap. 95 und 96 des ordentlichen und zu Titel 17 des außerordentlichen Etats wurden die Anträge der Deputation einstimmig angenommen. Bei Schluss der Redaktion dauert die Sitzung noch fort.

Aus Handels- und Gewerbekreisen.

* Nicht mehr lange wird es dauern, daß der erlebte Hochzeit ins Land zieht, und es dürfte schon jetzt die Zeit herangefommen sein, wo man seine Künste zum Einsatz der erforderlichen Neuveranstaltungen stellt. Es sei bei daher davon, hervorzuheben, daß ein Bruch der Firma Herm. Möhlberg außerordentlich schadhaft und für unsere Firmenwelt von bedeutender Interesse sein dürfte. Die reizenden Feilhaberunternehmen in Dresden sind ebenfalls Geschäftsmäßig eine Firma mit solcher Kraft in das Schaufenster einer Thee- und Weinhandlung, daß die Umfassung des inneren Fensters herausgeschlagen wurde. Der am Fenster und an dessen Ausfassung angerichtete Schaden beläuft sich auf 200 M. Der Zähler des Geschäftes wird sich — abgesehen von seiner eindrücklichen Haltung — wegen unvorsichtigen Fahrzugs zu verantworten haben. — Gehören ebenso hat wiederum ein Unfall in einem hiesigen Handelslokal durch einen Beton eine auf den Namen einer hiesigen Firma gesetzte Quittung nebst Begleitbriefen vorlegen lassen, um dadurch den Betrag von 14000 M. wiederrechtlich zu erlangen. Die Handlung ist beim Versuche geblieben. Der Thäter konnte bisher nicht ermittelt werden.

(Fortsetzung in der Vorige.)

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Erhöhung der Gebühren der Gesellschaften zu verhindern.

* Die Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene hat in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen hielbändiger Herren im Saale der Stadtverordnetenversammlung veranstaltet, um dadurch anregend auf die großen Nöffen des Volkes zu wirken. Am Dienstagabend sprach Dr. Dr. med. Geppert über „die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs“. Der geschätzte Redner führte die Schädigungen des Alkoholismus vor. Von 32 832 Strafgefangenen in 128 Strafanstalten waren 13 700 oder 41,7 Proc. motorische Krebs. Nachdem er die Ursachen des Alkoholmissbrauchs vorgezeigt hatte, führte er die Maßregeln vor, die zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nötig sind, a) vom Staate, b) von der Gesellschaft. Ein Verbot des Alkoholgenusses würde unbedenklich sein, wie uns Amerika beweist. Eine höhere Besteuerung des Stoffes und des Handels damit würde auch den gewohnheitsmäßigen Trinker nicht abhalten, dem Laster auf Kosten der übrigen Lebensbedingungen zu frönen. Eine Besteuerung kann nur durch die Er

Bekanntmachung.

zu 3. Stelle der 141. Königlich Sächsischen Landes-Lotterie wird am 3. und 4. März 1902 ausgeschrieben.

Die Erneuerung des Loses ist nach § 5 der Planbestimmungen noch vor Ablauf des 22. Februar 1902 bei dem Kollektiv, dessen Name und Wohnort auf dem Losse aufgedruckt und aufgeschmiedet ist, zu bewirken. Wer sich hieran verklagt oder sein Los von dem Kollektiv vor Ablauf des 22. Februar 1902 nicht erhalten kann, hat dies nach Wahrung des angezeigten § 5 bei Verlust aller Ansprüche an das geprägte Los der Königlichen Lotterie-Direktion noch vor Ablauf des 27. Februar 1902 unter Beilage des Loses der 3. Stelle und bei Erneuerungsbetrag anzugeben.

Jeder Spieler eines Theilloses hat zur Vermeidung von Rücksichten darauf zu achten, daß das vom Kollektiv ihm ausgeschriebene Erneuerungslos denselben Unterordnungsbuchstaben trägt wie das Vorlässtensatz.

Nur die konventionellen Kollektive sind zum Verlauf von Losen der Königlich Sächsischen Landes-Lotterie befugt.

Jeder Kollektiv ist verpflichtet, die von ihm ausgebenden Losen auf deren Vorderseite rechts mit dem Abdruck eines Stempels, welcher seinen Namen und Wohnort angibt, zu versehen, so der Rang eines solchen Abdrucks die Ungültigkeit des Loses zur Folge hat.

Leipzig, am 15. Februar 1902.

Königliche Lotterie-Direktion.

Dr. Wehr.

Reformierte Kirche.

Sonntag, den 23. Februar, Mittags 12 Uhr:

Wohlthätigkeits-Konzert

zu Nutzen der Konfirmandenbildung und der Gemeindepflege unter gütiger Mitwirkung der Königl. Kammerzängerin Erika Wedekind, der Herren Königl. Kammerzänger Georg Aathes und Hofkonzertmeister Max Lewinger (Violon), sowie des Fr. Anna Volk (Orgel), veranstaltet von Uno Seifert.

Eintrittskarten à 2, 1 Mk. bei F. Kiss (Kaufhaus) von 9-1, 3-6 Uhr. — Bestellungen auch bei Ad. Bräuer (F. Pöltner), Neustadt.

Antiseptisches Mundwasser

nach Dr. Pierre & F. M. L. 25 centflasch.

Georg Häntzschel,
Fgt. Sächs. Hollisterant.,
Strudelstr. 2.

Patente
erweitert u. verwertet
Jng. Hülsmann.

Dresden-A., Maximilian-Allee 1.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

Tiedemann & Grah.

100 9 Seestraße 2.

Pa. Englische u. Holländische **Austern.**

sind nur eine größere körperliche Beweglichkeit, die sie leistet durch Fressen der Blätter unterdrücktes Wachstum ermöglicht. Eine Reihe weiterer Versuche wurde mit Raupen angezeigt, die nur Blätter von bestimmten Baumarten als Speise nehmen. Diese Raupen ließen sich nach ihrer ausgesetzten Geschmack zuweilen bestimmen, sie konnten nämlich dazu veranlaßt werden, etwas von einer ihnen sonst ungernahen ertragreichen Pflanze zu fressen, wenn der Saft der ihnen angewandten Pflanze auf die Blätter der anderen aufgetragen wurde. In ähnlicher Weise konnte man den Geschmack an ihrer Lieblingspflanze verteilt werden, wenn sie mit dem Saft anderer Blätter behandelt worden war. Die Raupen ließen aber noch stärkere Beweise ihrer Dummheit, denn sie ließen sich leicht verleiten, in irgend einem ungenießbaren Stoff einzubauen und sogar davon zu fressen, wenn sie einmal im Fressen waren. Würde ihnen ihre geschätzte Futter vorgelegt, dann plötzlich ein ihnen sonst widerliches Blatt, solegte es ein Stück Papier oder Stanniol, so ließen sie immer einigesmaß hinzu, sogar dann aber bald den Kopf zurück und schnappten unter angemessenen Wirkungen mit ihren Beißzähnen in die Luft. Die Geschicklichkeit überwand aber kein in kurzer Zeit den durch den Bezug erzeugten Widerwillen, und die Raupen fingen bald in gewöhnlicher Weise wieder zu fressen an. Wurde ihnen der feindliche Stoff in Gestalt eines von 1% Minuten oder mehr vorgehalten, so fielen sie jedesmal in denselben Zustand darauf hinzu, ein Zeichen dafür, daß diese Zeit dazu genügte, die Erinnerung an die vorangegangene Täuschung in dem Raupenhirn auszulöschen. Wenn die Abstände bis auf eine halbe Minute verkürzt wurden, so bis die Raupe immer seiter in den Fremdkörper und ließ ihn schließlich ganz unbeachtet. Auch bei diesen Versuchen zeigte sich wieder ein Unterschied im Temperament bei den einzelnen Raupen. Ganz merkwürdig ist eine weitere Beobachtung von Dr. Mayer an gewöhnlichen Raupen, die eine als Klonopie zu bezeichnende Eigenschaft besitzen. Sie müssen nämlich nachdem sie sich verpappat haben, in ihrer Hülle so liegen, daß sie mit dem Kopf nach der Erde gerichtet sind. Diese Gewohnheit läßt sich dazu benutzen, die Larven in ihren Kokons völlig einzusperren; man braucht den Cocoon nur umzudrehen, dann zieht sich die darin befindliche Raupe ebenfalls um, so daß sie mit dem Kopf wieder nach unten liegt. Nun ist aber dieses Ende des Cocoon so dicht gewebt, daß der austretende Schmetterling es nicht durchdringen kann und infolgedessen eingeschlossen bleibt. Endlich hat Dr. Mayer nachgewiesen, daß die verschiedene Färbung der männlichen Schmetterlinge bei gewissen Arten nicht, wie Darwin gelehrt hat, ein Ergebnis der Rücksicht ist, sondern wahrscheinlich die Folge einer Neigung zu Veränderungen der Färbung, die den betreffenden Gattungen eigenständlich ist.

Ein Rekord der indischen Pest. Mitte Januar hatte die Pest in Indien einen Rekord zu verzeichnen, der hoffentlich nicht mehr gefangen werden wird. Es waren nämlich innerhalb einer einzigen Woche über 10.000 Todesfälle an der Epidemie gemeldet worden, genauer 10.368. Was die Ziffer bedeutet will, geht aus dem Vergleich hervor, daß in derselben Zeit des vorjährigen Jahres unter auch bereits ungünstigen Verhältnissen noch nicht einmal 3000 Menschen an der Pest gestorben waren. Auch sonst boten die Berichte von schweren Sorgen Veranlassung. Besonders bedenklich ist die räumliche Ausbreitung der Seuche in der Präfektur Madras, wo im vorigen Jahr die entsprechenden Woche erst 25 Fälle zu verzeichnen waren, jetzt 586. Die Sterblichkeit steigt ebenfalls im Punjab und in Bengalen, auch in der Hauptstadt Kalkutta. Neu aufgetreten ist sie in den Städten Lahore und Jallander. In der darauf folgenden Woche ist allerdings eine kleine Abnahme der Gesamtzahl eingetreten, indem sie auf 9204 heruntergegangen ist. Diese Besserung zeigt sich in der Hauptstadt aus der Präfektur Bombay und das Punjab, jedoch zeigt die Pestbelastigkeit in der Stadt Bombay neuerdings wieder an, wie auch in der Hauptstadt Kalkutta, so jetzt auch viele tote und sterbende Ratten in verschiedenen Stadtteilen gefunden werden. Es ist kein Zweifel mehr, daß die beiden Hauptstädte Indiens wieder vor neuen großen Epidemien stehen. Mit Bezug auf das Punjab muss leider die Thatsache verneint werden, daß sie in den Jahren 1899 und 1900 in großer Menge zur Durchführung gelangte Impfung infolger wertungslos gewesen ist, als jetzt die Welt dort eine ganz außerordentliche starke Verbreitung gewonnen hat; es sind dort gegen 2500 Menschen im letzten Vierteljahr an der Pest gestorben. Daß die Hungersnot ebenfalls wieder in der Gegenwart begriffen ist, wurde bereits berichtet. Gegenwärtig empfahlen gegen 200.000 Menschen eine behördliche Unterstützung.

Statistik und Volkswirtschaft.

* Dresden. Berichterstattung vom 19. Februar. Die schwache Haltung des Auslandsbörsen wird bestimmt durch den Rückgang des Kaufs. Ungünstige Berichte aus dem Ausland und Schauspieler führen zu Abgaben auf dem Kontinentale. Ueberprüfung zeigt zill. Österreichische Werte schwanken. Frankreich hat, was nebst in Berlin: Gold 218,90, Staatsbanken 144,75, Lombarden 12, Börsen 194,90, Italiener 100,70, Deutscher 55,25. An der heutigen Börse waren die Kurse bei außerordentlichem Geschäft nur wenig verändert. Maschinenfabriken und Banken waren etwas abgeschwacht. Die vergangenen nachgehenden Umstände: Deutsche Bonds: 3 % Reichsmark 92, 2 % Sachsen 90, 100,85, 3 1/2 % Preußische Bonds 101,80; 3 1/2 % Badische Bonds 96,75 bei 97,10 gekauft. Ausländische Bonds: 4 1/2 % Italienische Staatsverschuldens-Bonds wurden heute mit 101,30 bezahlt; 4 % Ungarische Bonds 97,75. Banknoten: Dresden Gold 101,00 wurde heute mit 8,40, Dresden Banknoten mit 100,50, Sachsen Börsennoten zum gebrachten Geldsatz von 120 aus dem Markt genommen. Transportkosten lagen recht matt und wenig verändert. Börsen wurden schon bei 83,75 (- 1 %) abgegeben. Papier: z. B. Fabrik: Chemische Papierfabrik Stamm-Gesellschaft bezahlte man unverändert mit 115. Börs zum gebrachten Geldsatz von 120. Baugeschäftsnoten: Für Dresden Baugeschäftsnoten legte man wiederum 170,20 (+ 1/4 %) an. Reichsmarknoten: Staatsnoten dienten 1 % niedriger abgegeben. Schalter u. Sölden bezahlte man unverändert mit 116. Salzen blieben bei 80 (- 1 %) am Markt. Nach Hartmann gingen wieder 1 % (125) zurück, ohne daß man Abnehmer gefunden hätte. Brod u. Sohne bezahlte man nur mit 78,50 (- 2 %). Gießhütte Unternehmungen blieben auch heute unverändert. Röhrenfabriken und Fahrzeuge: Corsten gingen heute wieder auf 81 (- 1/4 %) zurück, zu welchem Kurs allerdings die Nachfrage überzeugend. Brauerei blieben ganz ohne negative Kurse und waren nun nicht verändert. Bergwerke: Gießhütte tomsten kein Geschäft erzielten. Aktien verschiedener Unternehmungen: Weinhäuser bezahlte man heute mit 56,50 (+ 1,40 %), Brauerei Gardinen mit 136 und Speichermeile bei 108,75 (+ 1/4 %). Österreichische Noten blieben bei 80,40 unverändert.

Durch den gern veröffentlichten Ausweis des Reichsbaudamms wird die herrschende Geldsättigung auch mehr gekennzeichnet. Der erhebliche Betrag von rund 70 Mill. R. wurde der Bank durch die Bregenzerbahn wider zugestellt. Die Kapitalien, die an das Institut geleitet werden, sind dagegen außerordentlich gering. Der Wechselkurs hat sich nur mit 0,8 Mill. R. vermehrt, während die Lombardobanknoten sich um nahezu 2 Mill. R. vermindernd haben. Der Wechselkurs erhöhte sich um etwa 15,7 Mill. R., während die Bewegungen entgegengesetzt, der Notenraum um 41,7 Mill. R. zurückgingen und um durch den Wechselkurs bis auf 28 Mill. R. gesunken sind. Auf die letztere Bewegung entgegengesetzt, der Notenraum um 10 Mill. R. die Lombardobanknoten um 10 Mill. R. veränderten sich nicht.

* Sachsen. Statistikabteilung. Die vorläufige jahreszeitliche Einschätzung im Monat Januar 1902 betrugen 8.277.761 R. (- 302.335 R.), wovon 2.457.250 R. (+ 152.065 R.) auf den Personenverkehr, 5.269.450 R. (- 239.222 R.) auf den Güterverkehr entfallen; aus sonstigen Diensten kamen 1.271.061 R. (- 155.186 R.).

* Wenn eindeutig glaubhafte Erklärungen über die Lage der deutschen Eisenindustrie gibt mehren und beweisen die häufige Ausbreitung der Seuche in der Präfektur Madras, wo im vorigen Jahr die entsprechenden Woche erst 25 Fälle zu verzeichnen waren, jetzt 586. Die Sterblichkeit steigt ebenfalls im Punjab und in Bengalen, auch in der Hauptstadt Kalkutta. Neu aufgetreten ist sie in den Städten Lahore und Jallander. In der darauf folgenden Woche ist allerdings eine kleine Abnahme der Gesamtzahl eingetreten, indem sie auf 9204 heruntergegangen ist. Diese Besserung zeigt sich in der Hauptstadt aus der Präfektur Bombay und das Punjab, jedoch zeigt die Pestbelastigkeit in der Stadt Bombay neuerdings wieder an, wie auch in der Hauptstadt Kalkutta, so jetzt auch viele tote und sterbende Ratten in verschiedenen Stadtteilen gefunden werden. Es ist kein Zweifel mehr, daß die beiden Hauptstädte Indiens wieder vor neuen großen Epidemien stehen. Mit Bezug auf das Punjab muss leider die Thatsache verneint werden, daß sie in den Jahren 1899 und 1900 in großer Menge zur Durchführung gelangte Impfung infolger wertungslos gewesen ist, als jetzt die Welt dort eine ganz außerordentliche starke Verbreitung gewonnen hat; es sind dort gegen 2500 Menschen im letzten Vierteljahr an der Pest gestorben. Daß die Hungersnot ebenfalls wieder in der Gegenwart begriffen ist, wurde bereits berichtet. Gegenwärtig empfahlen gegen 200.000 Menschen eine behördliche Unterstützung.

* Dresden. Berichterstattung vom 19. Februar. Im Laufe der Beratung über die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona traf der Republikaner Lecour, der die Vorlage befürwortete, die Regierung vor, sie beschäftige sich nicht mit der sozialen Frage. Der Aufstand in Barcelona sei nur eine einzige Erscheinung derselben. Redner hält die Zahl der Ausländer auf 80000 und teilt, daß man die Truppen gegen die Arbeitnehmer, nicht gegen die Arbeitgeber aufzubringen habe, die die Verantwortung für die Unruhen tragen. Der Minister des Innern erklärte, die Regierung habe alles getan, um Unruhen zu verhindern. Sie sei entschlossen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, die Freiheit der Arbeit zu schützen und jede Ausweitung zu verhindern. Der Republikaner Castellano billigte die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien, während der Republikaner Lacoste sich gegen sie aussprach. Redner nach mehrere Redner gesprochen hatten, legte der Ministerpräsident Sagasta, was sich in Barcelona ereignet habe, bei auch in anderen Ländern vorgetragen. Die Regierung habe bereits 600 Aufstände beigelegt, darunter 176 sehr bedeutsame, und werde mit Energie weiteren Unruhen entgegen treten.

* Madrid. 19. Februar. Kammer. Im Laufe der Beratung über die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona traf der Republikaner Lacour, der die Vorlage befürwortete, die Regierung vor, sie beschäftige sich nicht mit der sozialen Frage. Der Aufstand in Barcelona sei nur eine einzige Erscheinung derselben. Redner hält die Zahl der Ausländer auf 80000 und teilt, daß man die Truppen gegen die Arbeitnehmer, nicht gegen die Arbeitgeber aufzubringen habe, die die Verantwortung für die Unruhen tragen. Der Minister des Innern erklärte, die Regierung habe alles getan, um Unruhen zu verhindern. Sie sei entschlossen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, die Freiheit der Arbeit zu schützen und jede Ausweitung zu verhindern. Der Republikaner Castellano billigte die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien, während der Republikaner Lacoste sich gegen sie aussprach. Redner nach mehrere Redner gesprochen hatten, legte der Ministerpräsident Sagasta, was sich in Barcelona ereignet habe, bei auch in anderen Ländern vorgetragen. Die Regierung habe bereits 600 Aufstände beigelegt, darunter 176 sehr bedeutsame, und werde mit Energie weiteren Unruhen entgegen treten.

* Madrid. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona ging nach Annahme der Kammer dem Senat zu, der sofort eine Kommission zur Beratung der Vorlage ernannte. Die Kommission erbatte ab sofort Bericht zu Gunsten der Regierungsvorlage, deren Einigkeit erklärt wurde. Die Beratung im Senat findet heute statt.

* Barcelona. 19. Februar. Der neue Präsident hat heute eine Beratung mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitern. Zwischen leichten erfolgte eine Einigung über die Grundlage der Beilegung des Streiks, wonach alle Arbeitnehmer unter den gleichen Bedingungen wie vor dem Ausbruch wieder aufnehmen sollen. Es soll ein gemeinsamer Schiedsgericht zu Prüfung der erhobenen Ansprüche eingesetzt werden.

* Madrid. 19. Februar. Kammer. Im Laufe der Beratung über die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona traf der Republikaner Lacour, der die Vorlage befürwortete, die Regierung vor, sie beschäftige sich nicht mit der sozialen Frage. Der Aufstand in Barcelona sei nur eine einzige Erscheinung derselben. Redner hält die Zahl der Ausländer auf 80000 und teilt, daß man die Truppen gegen die Arbeitnehmer, nicht gegen die Arbeitgeber aufzubringen habe, die die Verantwortung für die Unruhen tragen. Der Minister des Innern erklärte, die Regierung habe alles getan, um Unruhen zu verhindern. Sie sei entschlossen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, die Freiheit der Arbeit zu schützen und jede Ausweitung zu verhindern. Der Republikaner Castellano billigte die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien, während der Republikaner Lacoste sich gegen sie aussprach. Redner nach mehrere Redner gesprochen hatten, legte der Ministerpräsident Sagasta, was sich in Barcelona ereignet habe, bei auch in anderen Ländern vorgetragen. Die Regierung habe bereits 600 Aufstände beigelegt, darunter 176 sehr bedeutsame, und werde mit Energie weiteren Unruhen entgegen treten.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona ging nach Annahme der Kammer dem Senat zu, der sofort eine Kommission zur Beratung der Vorlage ernannte. Die Kommission erbatte ab sofort Bericht zu Gunsten der Regierungsvorlage, deren Einigkeit erklärt wurde. Die Beratung im Senat findet heute statt.

* Madrid. 19. Februar. Der neue Präsident hat heute eine Beratung mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitern. Zwischen leichten erfolgte eine Einigung über die Grundlage der Beilegung des Streiks, wonach alle Arbeitnehmer unter den gleichen Bedingungen wie vor dem Ausbruch wieder aufnehmen sollen. Es soll ein gemeinsamer Schiedsgericht zu Prüfung der erhobenen Ansprüche eingesetzt werden.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vornahme großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vornahme großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vornahme großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in der Provinz Barcelona wurde der Abteilung für das Reichsgericht 1901 vorgelegt und beschlossen, der auf den 12. April d. J. nach Dresden einlaufenden Generalversammlung vorgeschlagen, nach Vorname großer Abschreibungen eine 10 Kige Dividende auf das 15 Mill. R. betragende Aktienkapital zu verteilen.

* Dresden. 19. Februar. Die Vorlage betreffend

